

Bericht über die 18. Konferenz des Club FORUMs vom 7.-10. Mai 2005 in Bonn

mit Jubiläumsveranstaltung „10 Jahre Club FORUM“

Freitag, 06. Mai 2005

Die 18. Club FORUM Konferenz war eine besondere Veranstaltung, nicht nur wegen des Veranstaltungsortes der ehemaligen Bundeshauptstadt Bonn, sondern vor allem wegen des 10-jährigen Jubiläums des Clubs. Es konnte zwar nicht ganz eindeutig geklärt werden, ob Gräfin Lambsdorff oder Carmen Braun die allerursprünglichste Idee zu einem Club des Deutsch-Russischen-Forums hatte, aber deutlich wurde, von beiden gingen Impuls und Taufe aus und nicht zuletzt die Podiumsdiskussionen im Rahmen der Festveranstaltung zeigten, was für ein Glücksfall das war.



Der Posttower, als neues Wahrzeichen der Stadt Bonn, konnte als würdiger Veranstaltungsort dieses Jubiläums angesehen werden. Ebenso würdige Worte fanden Walter Maschke, von der Deutschen Post, Gräfin Lambsdorff, für den Vorstand des DRF und Peter Tils, als

Vertreter der Deutschen Bank, die seit 10 Jahren die Veranstaltungen des Clubs FORUM finanziell unterstützen.



Im Anschluss fanden zwei **Podiumsdiskussionen** mit Clubmitgliedern unter der Leitung von **Klaus Bednarz** vom WDR statt. Am ersten Diskussionsblock zum Thema „**Neue Wirtschaftseliten – stabile Kooperationsformen?**“ nahmen die Clubmitglieder **Gerrit Schmitter, Bulat Khamidov, Karin Holloch und Andrej Gontscharov** teil. Vor allem das Thema Korruption in Russland beschäftigte das Podium, wobei Moderator und Diskutanten ganz unterschiedliche Erfahrungen und Frustrationsgrade in der Bewältigung mit Korruption in Russland hatten.



Im zweiten Block zum Thema „**Leben in zwei Kulturen – Schlüssel zum wirtschaftlichen Erfolg?**“ befragte Klaus Bednarz die Club-Mitglieder **Georg Schneider, Zulfiya Tashtabanova, Sebastian Welter** und **Innokenty Ivanov** nach ihren jeweils deutschen und russischen Stereotypen. Dabei stieß er auf geballte interkulturelle Kompetenz und das Publikum erlebte eine anregende Diskussion über Deutsche und Russen, die eben nicht diese Stereotypen bestätigte.



Diese Jubiläumsveranstaltung verdeutlichte insgesamt, warum es den Club seit 10 Jahren gibt: Nicht nur das hier Freundschaften und Netzwerke gewachsen sind, der Club lebt deutsch-russisches Miteinander und einen spannenden Austausch auf hohem Niveau. Für das anschließende vorzügliche Büffet im Posttower gilt insbesondere der Deutschen Bank und der Deutschen Post AG unser aller Dank. Den Ausklang dieses festlichen Tages bildete die Beamerprojektion zum 10-jährigen Bestehen des Clubs und eine Tanzparty mit Livemusik.



Samstag, 07. Mai 2005

Im historischen Konferenzsaal des Collegium Leonium stellte **Dr. Ulrich**

Ziegenhagen von der Stadt Bonn am Samstag morgen die Frage „Boomt Bonn“? Der Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung beantwortete diese Frage mit „ja“ und stellte in seinem Vortrag den gelungenen **Strukturwandel der ehemaligen Bundeshauptstadt** vor. Die gesamte Region Bonn einschließlich der Stadt Bonn (313.605 Einwohner) hat mit ca. einer Million Einwohner seit 1991 ein Bevölkerungswachstum von 100.000 Menschen zu verzeichnen. Im gleichen Zeitraum wurden in der Region 33.000 Arbeitsplätze geschaffen, davon allein in der Stadt Bonn ca. 9000.

Wie lässt sich diese positive Entwicklung insbesondere nach der Entscheidung am 20.06.1991, die Hauptstadt nach Berlin zu verlegen, erklären? Abgesehen von einer ausgezeichneten Infrastruktur, der hohen Bevölkerungsdichte und der wunderschönen Umgebung scheinen hierfür ein gutes Konzept und viel Geld vom Bund ganz wesentlich gewesen zu sein. Nachdem sich die Stadt relativ schnell vom Schock des Umzugsbeschlusses der Regierung erholt hatte, konnte sie gute Bedingungen für den Weggang der Regierung aushandeln. Bis 2004 sind 2,8 Mrd. DM Ausgleichszahlungen durch den Bund geflossen. Sechs Ministerien sind in Bonn verblieben, drei weitere zu 50%, es kam zur Ansiedlung von nachgeordneten Behörden, wodurch sich jetzt in Bonn 21 Bundeseinrichtungen befinden. Weiterhin konnte mit Erfolg eine Einrichtung der Vereinten Nationen (VN) nach Bonn geholt werden.

Den zweiten wichtigen Impuls gab ein 5 Säulen-Konzept, auf dessen Grundlage die Stadt Bonn und die Region (Kreise Rhein-Sieg und Ahrweiler) nachhaltig entwickelt und vernetzt werden sollte. Die folgenden fünf Bereiche erhielten dabei besondere materielle Förderung und Unterstützung durch den Bund:

1. Bonn als Bundesstadt mit Politik und Bundeseinrichtungen
2. Bonn als internationale Stadt mit einem Zentrum für internationale und europäische Zusammenarbeit und einer VN-Einrichtung
3. die Region mit ihrer Wirtschaftsstruktur

4. die historisch-gewachsene und umweltgerechte Kulturregion
5. Bonn als Zentrum von Wissenschaft und Forschung (40.000 Studenten inkl. der Fachhochschule)

Den Nukleus für den Strukturwandel stellte das alte Bundesviertel dar. Es entstand der Post-Tower als neues Wahrzeichen der Stadt, es siedelten sich die Deutsche Welle, das Zentrum für europäische Integrationsforschung (ZEI) an der Universität Bonn sowie die Firma T-Mobile (mit 5000 Mitarbeitern) an. Deutsche Post und Deutsche Telekom behielten ihre Konzernzentrale in der ehemaligen Hauptstadt.

Nach all diesen positiven Zahlen und Entwicklungstendenzen gab es die Frage, ob denn Bonn auch Probleme hätte? Worauf Dr. Ziegenhagen vor allem auf das Problem verwies, die globalen Unternehmen zu halten. Abschließen wandelte er den Slogan „Bonn boomt“ in „Bonn ist Zukunft“ um und demonstrierte uns anhand eines Werbefilms warum. Ein beeindruckender aber auch hochsubventionierter Strukturwandel, der so heute nicht mehr möglich wäre, hat sich in Bonn vollzogen.

Im Anschluss an diesem Vortrag besuchten wir die **Deutsche Welle** (DW), die vor einigen Jahren von Köln in den ehemaligen Schürmann-Bau in Bonn umgesiedelt worden ist. Nach einigen einführenden Worten von Sebastian Welter zur skandalumwitterten Geschichte dieses ehemals „größten Aquariums der Republik“ führte uns eine Mitarbeiterin der DW in die **Entstehungsgeschichte** des Auslandsrundfunks der Bundesrepublik Deutschlands ein.

Der 1953 gegründete Sender berichtete ursprünglich nur in deutscher Sprache, führte 1993 das russische Programm ein und sendet heute in 30 Sprachen. Der technische Boom der letzten Jahrzehnte hat auch seine Spuren bei der DW hinterlassen, so dass man sie heute über Radio, Fernsehen und Internet empfangen kann. Nach einem massiven Stellenabbau in den letzten Jahren, hat die DW heute ca. 1500 Mitarbeiter aus 50 Nationen, die mit einem laufenden Etat von immerhin noch 260 Mio. Euro haushalten. Die DW

ist eine Bundes- und keine Landesanstalt, die dem Ministerium für Kultur und Medien untersteht und von diesem finanziert wird. Ihre Aufgaben und Organisationsstruktur sind in einem Bundesgesetz geregelt. Zu den Aufgaben zählen, Informationen über deutsche, europäische und internationale Themen anzubieten und den Dialog zwischen den Kulturen zu fördern. Äußerst beliebt sind die kostenlosen Sprachkurse in deutscher Sprache.

Die größten Programme sind der Reihe nach das deutsche, englische sowie das russische und arabische. Das **russische Programm** wird von 30 Mitarbeitern gestaltet und sendet 13 Stunden am Tag. Der Moskauer Journalist **Andrej Gurkov** leitet dieses Programm aus Deutschland für Russland. Er berichtete uns, dass die DW nicht nur für Russland, sondern auch für das gesamte Gebiet der ehemaligen Sowjetunion in russischer Sprache sendet. Schwerpunkte der Berichterstattung sind dabei neben Russland, die Ukraine und Belarus. Seit den Ereignissen vom 11. September 2001 in den USA gibt es auch ein Zentralasienfenster. Ihm war es ein wichtiges Anliegen, auf das Prinzip der Trennung von Nachricht und Kommentar bei der DW hinzuweisen, was insbesondere als Vorbild für die Staaten der ehemaligen SU dienen soll. Dabei gibt es bei der DW von staatlicher Seite keine inhaltlichen Vorgaben, so Gurkov, aber ein ethisches Prinzip, was der Sender einhält. Auch wenn der Schwerpunkt der Berichterstattung auf Deutschland liegt, hat sich der Sender in den letzten Jahren vom Selbstverständnis zu einem europäischen Sender entwickelt.

Im Anschluss daran berichtete uns der Chef vom Dienst der **Online-Redaktion** und Leiter der russischen Onlineredaktion, **Ingo Manteufel**, die wichtigsten Grundlagen zum Internetauftritt. Als eine der ersten ARD-Anstalten ist die DW seit 11 Jahren online. Die Onlineredaktion bietet vor allem Hintergrundberichte zum aktuellen Programm der DW und möchte somit nicht als Konkurrenz zu den großen russischen Nachrichten Anbietern im aktuellen Nachrichtenbereich auftreten. Daneben werden deutsche Sprachkurse für 28 Sprachen angeboten.

Das spezielle Angebot für die russischen Hörer beinhaltet deutsche Themen, die für Russen interessant sind, deutsch-russische bilaterale Themen, russische Themen aus deutscher und europäischer Sicht, gesamteuropäische Themen und ein Deutschland-Informationsservice für Russen. So gibt es seit Januar diesen Jahres eine Rubrik mit Hintergrundberichten zum 60. Jahrestag des Endes des 2. Weltkrieges. In Planung ist ein Weblog (Tagebuch im Internet) für das Journalistenprogramm des DRF, in dem junge russische Journalisten aus Deutschland über ihre Erlebnisse berichten. Es gibt Kooperationen mit verschiedenen russischen Suchmaschinen und Nachrichten Anbietern.

Weiterhin existiert eine Online-Kooperation mit dem DAAD (campus-deutschland.de), über die man sich über Studien- und Forschungsaufenthalte sowie das Leben in Deutschland informieren kann. Die Deutsche Welle-Akademie bietet ausländischen Interessenten Ausbildungsmöglichkeiten und Praktika an. Bei der DW sind ständig 2-3 junge russische Journalisten tätig.

Zum Abschluss erhielten wir Informationen über den Online-Newsletter für Zentral- und Osteuropa (www.dw-world.de/ostfokus), der einmal wöchentlich verschickt wird.

In der anschließenden Diskussion erfuhren wir, dass ca. 650.000 Personen in Moskau und St. Petersburg tägliche DW-Radio hören und DW-Online insgesamt ca. 20 Mio. Seitenabfragen pro Jahr hat und pro Monat 100.000 Newsletter verschickt.



Zu Fuß ging es im Anschluss zum **Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland**, wo wir nach einem Mittagessen eine Führung in 2 Gruppen durch die deutsche Geschichte erhielten. Leider waren die Führungen qualitativ sehr unterschiedlich, so dass zumindest die Gruppe an der ich teilnahm, zwar die anschauliche Ausstellung genießen konnte, aber leider eher wenig zum Schwerpunktthema „Deutschland und der Kalte Krieg“ erfuhren.

Den letzten Vortrag des Tages hielt **Dmitrij Dronnikov** zum Thema „**Der russische Gasmarkt zwischen Monopol und Liberalisierung**“. Dmitrij wies auf zwei Hauptprobleme der russischen Gasindustrie hin: Das staatliche Monopol und die Festlegung der Preise. Die Folge ist, ein künstliches Niedrighalten der Preise, so dass innerhalb Russlands die Unkosten für die Förderung nicht gedeckt werden können. In dem Vortrag, der auf Dmitrijs Dissertation aufbaute, analysierte er die Bedingungen für die Förderung und nannte die Voraussetzungen für die Steigerung der Effizienz für Gazprom. Dabei stehen Fragen des Wettbewerbs im Vordergrund, wozu die Restrukturierung des Gazprom-Monopols bei Transport (100 %!) und Förderung zählen und insbesondere die Öffnung des Gasnetzes für andere Anbieter. Die Marktkonzentration von Gazprom hat in den letzten Jahren noch zugenommen, nur 12 % des russischen Gases wird von anderen Firmen gefördert.

Das Hauptproblem für Gazprom besteht in den mangelnden finanziellen Mittel zur Erschließung neuer Gasfelder und für Investitionen in moderne technische Ausstattung. Die wichtigsten Gasfelder in Westsibirien sind bereits zu sowjetischen Zeiten in Betrieb genommen worden und die Reserven nehmen ab. Die Frage bei den zukünftigen Investitionen ist, ob neue Felder im Norden erschlossen werden sollen oder die alten Felder teurer ausgebeutet werden können. Ohne den Einstieg von ausländischen Firmen bei Gazprom, kann das Kapital für die nötige Investitionen jedoch nicht aufgebracht werden.



Für Dmitrij steht die Liberalisierung des Gasmarktes im Zusammenhang mit der politischen Liberalisierung. Die Politik des Staates spielt durch das Monopol der sich in staatlicher Hand befindenden Gazprom bei der Förderung eine entscheidende Rolle. Das Problem ist, dass Wettbewerb in der russischen Gasindustrie politisch nicht gewollt ist. Der Staat sieht den Öl- und Gassektor als strategische Schlüsselbereiche an, die kontrolliert werden müssen.

Zur Zeit deckt Russland 22 % des Erdgasbedarfs der EU ab, die Reserven innerhalb der Union reichen noch für 10-20 Jahre. Bei steigendem Energiebedarf wächst die Bedeutung des russischen Gases für die EU 25. Mit der wachsenden Bedeutung des russischen Gases auf dem europäischen Markt, wird die russische Regierung die Gaspreise in Europa beeinflussen können. Dabei versucht die russische Regierung über die staatliche Ebenen Kredite aus Deutschland und Frankreich zu bekommen. So lange jedoch die Gaspreise innerhalb Russlands nicht dem Weltmarkt angepasst werden, ist es für ausländische Investoren nicht interessant bei Gazprom zu investieren. Nur durch Druck von außen, so Dmitrij, kann eine Richtungsänderung in der russischen Politik stattfinden.

Zur Zeit beträgt der Preis für 1000 Kubikmeter Gas in Russland 20 US\$. Ziel ist es, den Preis auf 50 US\$ auf 1000 Kubikmeter anzuheben, das entspricht dem Wert für die Unkosten. Der Marktpreis

für die gleiche Menge beträgt jedoch 100-120 US\$.

In der anschließenden zum Teil kontroversen Diskussion gab es eine sehr emotionale Nachfrage von Tatjana Bratkina, warum man die Preise auf dem russischen Gas- und vor allem Energiemarkt im Inland nicht niedrig halten kann, schließlich handelt es sich um die eigenen Rohstoffe. Sie verwies dabei auf das Problem, dass bei den sehr niedrigen Löhnen der Mehrheit der Bevölkerung keine höheren Preise für Strom- und Heizkosten gezahlt werden können. Dmitrij argumentierte, dass bei einer Öffnung des Marktes wohl erst die Preise nach oben gehen würden, aber durch die Konkurrenzsituation dann die Preise wieder sinken könnten. Durch die höheren Preise könnten auch die nötigen Investitionen getätigt und effizienter Gas gefördert werden. Solange jedoch nicht andere Bereiche für einen freien Markt geöffnet werden und die Löhne nicht steigen, wird es für die Regierung äußerst schwierig, die Preise zu erhöhen.



Trotz zeitweiligen Regens und zum Teil winterlich anmutenden Temperaturen, verbrachten wir einen gemütlichen Abend im Garten von Fenja und Sebastian bei Kölsch und Wein am Grill (Vielen Dank an die beiden!). Georg bewies seine Grillkünste mit Ausdauer. Vor einer herrlichen Kulisse klang der Abend im **Rhein in Flammen** mit einem Feuerwerk aus.

Sonntag, 08.05.2005

Zum Auftakt am Sonntag morgen hielt **Jaroslav Mynov** von Ernst&Young einen Vortrag über die **steuerlichen Risiken und Ängste bei Mitarbeiterentsendungen** ins Ausland. Die meisten Mandaten kommen zu spät zur Beratung, nämlich erst dann, wenn der Auslandseinsatz begonnen hat oder bereits beendet ist. Der beste Moment wäre aber gewesen, nachdem die Entscheidung für den Auslandeinsatz getroffen worden ist.

Bei der Frage nach den Konditionen und dem Nutzen des Einsatzes, erhöht sich der Verhandlungsspielraum des zu Entsendenden, wenn der Auslandsaufenthalt für die Firma wichtig ist. Woran muss man denken? Wichtig sind der Lebensstandard im Entsendungsland, so können für die Gewährleistung der Sicherheit erhöhte Kosten auf den Arbeitgeber zu kommen, der Mitzug der Familie (4 Mal teurer als ohne) und die Frage, was nach der Rückkehr passiert (Integration).

Die steuerliche Berechnung richtet sich nach der Dauer des Aufenthaltes. Bei einer Dienstreise von nicht mehr als 90 Tagen gibt es keine Veränderungen. Bei einem Kurzaufenthalt (short term assignment) von 3-6 Monaten bleibt der Entsendete im Steuersystem des Heimatlandes. Bei einem Langzeitaufenthalt (long term assignment) von 6 Monaten bis zu 3 Jahren gibt es verschiedene Vertragsmöglichkeiten. Der Vertrag mit der Firma des Gastlandes wird meist erst für 1-2 Jahre abgeschlossen und dann auf bis zu 5-6 Jahre verlängert. Da gibt es keine Veränderungen des Status. Wird jedoch gleich ein Vertrag für länger abgeschlossen, kann es Probleme mit der Sozialversicherung, sowie Renten- und Arbeitslosenversicherung geben. Die letzte Möglichkeit der Transfer erfolgt, wenn der Vertrag mit der Heimatgesellschaft aufgelöst und ein Vertrag mit der Gastfirma auf bis zu 10 Jahre abgeschlossen wird.

Bei den Entsenderichtlinien müssen die Umzugskosten, die Größe der Wohnung, sowie sonstige Leistungen, wie Steuerberatungskosten und Sprachkurse

bedacht werden. Wichtig ist der Lebenshaltungs- und Kaufkraftausgleich (COLA), der einen Lebensstandard wie im Heimatland gewähren soll. Zum Abschluss demonstrierte Jaroslav unterschiedliche Regelungen zur Berechnung der Steuer.

Von der Steuer zum **Kyoto-Protokoll** und dessen Folgen entführte uns **Christoph Hoischen** von ER-Reservoir im Anschluss in seinem Vortrag „**Klimawandel und Emissionshandel – global ist lokal**“. Seine Firma hat den Auftrag, für die kanadische Regierung Projekte mit erneuerbaren Energien zu initiieren. Da Kanada die Verpflichtungen des Kyoto-Protokolls nicht erfüllen kann, fördert es mit 860 Mio. Euro alternative Energieprojekte, um dann wiederum über den Kauf von Emissionsrechten, die Verpflichtungen zu erfüllen. Für die Firma ER-Reservoir (ER = Emissions-Reduktion), die mit staatlichen und privaten Geldern arbeitet, ist nicht die Finanzierung das Problem sondern der Mangel an Projekten. Der Handel mit Emissionsrechten in Europa ist erst im Entstehen, der Verkauf von Zertifikaten für Emissionsprojekte und Emissionsrechte nach marktwirtschaftlichen Prinzipien läuft erst an. Noch lohnt es sich für Banken nicht, in den Emissionshandel einzusteigen, deshalb war es für die kanadische Regierung notwendig, eine Firma wie ER zu gründen.

Das Basisjahr für die Festlegung des Richtwertes für die Emissionsgrenze ist 1990. Der für dieses Jahr festgelegte Wert bleibt gleich bis 2012, ab 2013 müssen neue Regelungen gefunden werden. Das Wirtschaftswachstum insbesondere in den Schwellen- und Industrieländern führt zu höheren Emissionen und diese Länder müssen sich, wie Kanada, etwas einfallen lassen, um die Grenzwerte einzuhalten. Die VN-Institution, die die Einhaltung der Emissionen überwacht und Zertifikate für den Emissionshandel vergibt, sitzt in Bonn. (www.unfccc.org)

Leider im Regen, aber in bester Laune gab es unter der Führung von **Fenja Wittneven** eine **Stadtführung durch Bonn**. Als Bestandteil dieses Rundgangs erfolgte eine Mittagessen im alten Bonner Traditionsgasthaus „Zum Gequetschten“.

Einen weiteren Höhepunkt erlebten wir nach einer Busfahrt durch das wundervolle Ahrtal mit dem Besuch im **Forschungszentrum des Max-Planck-Instituts für Radioastronomie in Bad Münstereifel-Effelsberg**. Schon von weiten war eines der beiden größten Radioteleskope der Welt zu erkennen. Empfangen wurden wir von **Prof. Wielebinski**, der uns einen Vortrag über die Grundlagen der Radiophysik hielt und eine kurze Führung im Steuerraum des Teleskops gab. Von ihm erfuhren wir, dass man mit Radiowellen weiter und genauer schauen kann, als mit optischen Teleskopen und dass sie ein wichtiger Schlüssel für mehr Wissen über das Weltall sind. Ein Grund dafür ist, dass der ‚Dreck‘, der sich im All befindet, von diesen Wellen durchdrungen werden kann. Weiterhin sind Radiowellen länger als optische Wellen. Die Radiophysik gibt für die gesamte Physik wichtige Impulse und Informationen auch in der Grundlagenforschung. Viele Erfindungen, wie die Tomographie in der Medizin, verdanken wir der Radioastronomie. Sie kann als die präziseste Messtechnik der Welt bezeichnet werden.

In einer Reihe von Folien zeigte er uns beeindruckende Aufnahmen von der Milchstraße. Mit Radiowellen hat man herausgefunden, dass sich im Zentrum der Milchstraße eine hohe verdichtete Masse und damit ein schwarzes Loch befindet. Die zukünftige Aufgabe wird darin bestehen, die Magnetfelder in der Milchstraße genauer zu messen.

Das Bonner Institut kooperiert u.a. mit Institutionen in den USA, Spanien und Frankreich. Weiterhin gibt es ein neues Projekt mit Chile, wo man eine Teleskop in 5050 m Höhe errichtet hat, um noch ungestörtere Aufnahmen machen zu können. Durch den Zusammenschluss mit anderen Teleskopen, sowohl europäische als auch global, ist es möglich, eine verbesserte Auflösung der Bilder aus dem All zu erhalten.

Prof. Wielebinski bedauerte, dass es im Gegensatz zu sowjetischen Zeiten (seit 1978) mit der russischen Akademie der Wissenschaften nur noch wenig Kooperation gibt. Einzig mit Perm würde noch ein intensiver Austausch bestehen.

Nach diesem anregenden Vortrag, ging es zu einer **Weinprobe im Ahrtal**, bei der Winzergenossenschaft Dernau. Dort erhielten wir neben den alkoholischen Genüssen, eine Einführung in die Grundlagen des Weinanbaus, -kelterns und -trinkens.

Montag, 09.05.2005

Den Auftakt des letzten Tages bildete ein **Empfang im Rathaus** der Stadt Bonn durch den Bürgermeister der Stadt, **Peter Finger**, und ein anschließender Vortrag durch die Referentin für internationalen Austausch **Dr. Maria Hohn-Berghorn**. Der Bürgermeister verwies auf die vielen internationalen Gäste, die dieses Rathaus besucht hatten und die historische Aura, als die Stadt noch Bundeshauptstadt war.

Frau Hohn-Berghorn, die sehr engagiert ist im Austausch mit osteuropäischen Partnern, berichtete von der Städtepartnerschaft der Stadt Bonn mit Minsk, die seit 1991 existiert. Bonn hat sich, da es Anfang der 1990er zu spät kam und alle interessanten, großen russischen Städte bereits versorgt waren, für Minsk als Partnerstadt entschieden. Zur Zeit ist diese Städtepartnerschaft die einzige Ebene, auf der noch offizielle Beziehungen durch den belarussischen Staat erlaubt sind. Unterhalb der offiziellen Ebene gibt es Beziehungen zu den Städten St. Petersburg, Kaliningrad und Chabarowsk.

Ihr folgender Vortrag beschrieb die Entwicklung Bonns zur Bundeshauptstadt und den Strukturwandel nach der Entscheidung des Umzugs der Regierung nach Berlin. Dabei war es ihr wichtig, **Bonn als internationale Stadt** hervorzuheben. Bis 1991 sei der Stadt immer alles zugefallen, auch die Hauptstadtfunktion und die damit verbundenen Investitionen. Erst mit dem Weggang der Regierung, musste die Stadt sich selbst bemühen, selbst ein Konzept für die Zukunft entwickeln, was ihr gut getan hat und gelungen ist. Dabei hatte die Stadt wiederum das Glück, dass Kultureinrichtungen und Museen zu Hauptstadtzeiten gebaut wurden und man in dieser Zeit gute Erfahrungen im Umgang mit internationalen Gästen und Institutionen sammeln konnte. So siedelte

sich in Bonn das Sekretariat des Klima-Rahmen-Protokolls (Kyoto) an. Die VN ist mit 600 Mitarbeitern in Bonn vertreten und arbeitet hier inhaltlich zu den Schwerpunkten Umwelt, Entwicklung und Gesundheit. Mit u.a. den Bundesbehörden, der Deutschen Stiftung für Entwicklung (Invent), dem Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) und dem Deutschen Entwicklungsdienst hat sich in der Stadt ein lebendiges internationales Umfeld entwickelt. Mit der Unterstützung durch Bundesmittel kamen Forschungszentren wie das Zentrum für Europäische Integrationsforschung und das Zentrum für Entwicklungsforschung hinzu. Attraktiv macht Bonn auch eine internationale Schule.

Zur besseren Kommunikation vereinbart die Stadt jedes Jahr mit einer der internationalen Organisationen eine Jahrespartnerschaft, innerhalb der, verschiedene Veranstaltungen gemeinsam durchgeführt werden.

Seit 1999 hat die Stadt ihre internationalen Beziehungen neu geordnet und nach einem Kriterienkatalog unter anderen eine Prioritätenliste für die Partnerschaft mit den Städten Minsk, Ulan Bator, Buchara und La Paz (Bolivien) erarbeitet. Wichtigste Kooperationsbereiche sind Kultur- und Jugendarbeit sowie der kommunale Erfahrungsaustausch.

Im **Bundesverteidigungsministerium** erwartete uns im Anschluss der Leiter des Besucherdienstes **Jürgen Quensell**. Nach einem Werbefilm der Bundeswehr, hielt er einen Vortrag zu den „**Grundlagen und aktuellen Aspekten der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik**“, leider nur unter geringer Berücksichtigung der deutsch-russischen Zusammenarbeit.

In der Einführung zum BMV erfuhren wir, dass Bonn der erste Dienstsitz des Ministeriums ist und bleiben soll, hier die Mehrheit der Mitarbeiter tätig sind. Auf der Hardhöhe sind ca. 3000 Soldaten und Zivilisten beschäftigt, in Berlin sind es 350 Mitarbeiter. Insgesamt hat die Bundesregierung in Bonn 10.000 Arbeitsplätze und in Berlin 8.000. Er verwies kritisch auf die Tendenz der letzten Jahren, auch bei der Bundeswehr Aufgaben auszulagern, so zum Beispiel

den Fuhrpark, die Versorgung und Bekleidung sowie die Reinigung. In den meisten Fällen würde sich das nicht lohnen. Grundsätzlich erfolgt die Versorgung der Bundeswehr dezentral, was für die Regionen, in denen sie tätig ist, wirtschaftlich wichtig ist.

Im folgenden ging es inhaltlich um die zukünftigen Aufgaben der Bundeswehr. Die Planung erfolgt vor dem Hintergrund von Sicherheitsrisiken wie der internationale Terrorismus und Informationskrieg, religiöser Fanatismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, ethnische Konflikte sowie Demographie, ökologische und ökonomische Fehlentwicklungen weltweit.

Aufgaben der Bundeswehr sind die Beteiligung an internationaler Friedenssicherung in multilateralen Kooperationen, die Fortführung der Anpassung der NATO an die euro-atlantischen Sicherheitsstrukturen, die Stärkung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) sowie die Weiterführung der Reform der Bundeswehr. Zur Zeit befinden sich 7000 Soldaten in internationalen Missionen und Auslandseinsätzen.

Zum Schluss ging Herr Quensell noch auf die Kooperation mit Russland ein. Diese erfolgt militärisch im Rahmen von internationalen Organisationen aber auch bilateral in Gesprächen. Dabei stehen der Militärstab der Russländischen Föderation und der Bundeswehr in einem ständigen Austausch. Zwischen beiden Armeen existiert seit 1993 eine Kooperation, deren Hauptaufgabe im gegenseitigen Kennenlernen und Vorurteile abbauen besteht. Das System der inneren Führung der Bundeswehr ist ein „Exportschlager“ und wird auch in Teilen auf die russische Armee übertragen.

Nach diesem zum Teil parteipolitisch gefärbten Vortrag, dem es immer wieder an Präzision und klarer Linie mangelte, folgte die letzte Präsentation der Bonner Clubkonferenz durch **Georg Pepping** von der Deutschen Telekom AG. In den Räumen der Telekom sprach der Leiter der Abteilung für Human Resource Management zum **Strukturwandel der**

Telekom, von der Behörde zum einem Privatunternehmen.

Für das Unternehmen ist die wichtigste Herausforderung, einen Planungs-Strategie- und Mentalitätswandel des Unternehmens zu erreichen. Als Bestandteil der ehemalige Deutschen Bundespost, war die Telekom dem Gemeinwohl verpflichtet und spielten Kosten und Gewinne eine geringere Rolle. Die Deutsche Telekom (DT) als Unternehmen am freien Markt, muss dagegen wirtschaftliche arbeiten. Von den 170.000 in Deutschland Beschäftigten (weltweit 240.000) des Unternehmens sind 47% noch verbeamtet. Damit ist ein großer Teil der Mitarbeiter von der Behörde geprägt. Der Bund hat mit einem Aktienanteil von 37% noch immer erhebliche Mitsprachemöglichkeiten im Unternehmen. Die Probleme der Telekom zeigen sich auf in folgenden Punkten: Früher benötigte die Telekom als Monopolist keinen Vertrieb, heute muss sie ihre Produkte in Konkurrenz zu Anderen anbieten und bewerben. Früher wurde nach Alter und Familienstand bezahlt, heute nach Leistung und branchenüblich. Diese Beispiele zeigen, welchen Wandlungsprozess das Unternehmen in den letzten Jahren durchgemacht hat.

Für die Telekom hat die Zufriedenheit der Mitarbeiter höchste Priorität. Deshalb gibt es regelmäßig Befragungen und Messungen zur Mitarbeiterzufriedenheit. So wird die 2. Führungsebene 360 Grad bewertet, d.h. von allen Seiten, seien es die Mitarbeiter, der Chef oder die Kunden. Für die Mitarbeiter ist die Sicherheit des Arbeitsplatzes noch immer von höchster Priorität, trotzdem wurden eigene Modelle für eine leistungsorientierte Bezahlung vor allem für junge, neue Mitarbeiter eingeführt.

Die Anzahl der Mitarbeiter ist seit 1994 ungefähr gleich geblieben, wobei im Inland die Zahl stark gesunken und im Ausland massiv angestiegen ist. Dieser Personalabbau in Deutschland ist vor allem durch Vorruhestandsregelungen und Abfindungen geregelt worden, Entlassungen hat es bisher keine gegeben. Dieser Abbau ohne Kündigung konnte vor allem deshalb gelingen, da

man 2002 die Beschäftigungsgesellschaft Vivento gegründet hat, die zur Zeit versucht, 18.000 Menschen in Zeit- und Leiharbeit zu vermitteln.

Die Telekom bildet im Jahr 4000 Auszubildende aus, wovon 10% übernommen werden. Der Konzern versucht stark, die Besetzung auch der Spitzenpositionen aus dem eigenen Nachwuchs zu leisten. Das Konzept ist eine Managemententwicklung von unten nach oben, mit dem Ziel, 75% der Mitarbeiter intern zu besetzen.

Trotz einer starken Prägung des Unternehmens durch die Behördenvergangenheit und den massiven Stellenabbau, ist es der Telekom gelungen, in der inneren Kommunikation wachsende Zufriedenheit zu erreichen und nach außen, als ein marktwirtschaftlich wirtschaftendes Unternehmen anerkannt zu werden.

Im Anschluss an diesen Vortrag fand die **Mitgliederversammlung** statt, in der beschlossen wurde, dass wir uns Anfang Oktober in **Kaliningrad** zur 19. Clubkonferenz treffen werden. Im 750. Jubiläumsjahr von Königsberg klingt das nach einer guten deutsch-russischen Entscheidung.

Unser Dank für diese äußerst gelungene 18. Club-Konferenz gilt Fenja, Sebastian, Georg und Jörn! Ebenso natürliche den Initiatoren Carmen, Alexander, Andrej und Annette.

Eine kleine Kritik sollte am Ende noch erlaubt sein: Auch wenn diesmal die Möglichkeit bestand, durch das 10-jährige Jubiläum des Clubs mehr Mitglieder an der Konferenz zu beteiligen als sonst, war es sehr schade und gegenüber den Organisatoren unfair, dass von den 36 angemeldeten Teilnehmern am Ende nur noch ein Bruchteil anwesend war.

Vstretimsja v Kaliningrade,

Stefan Meister

S.M., 30.05.05